

Antrag

der Abgeordneten Zaklin Nastic, Ali Al-Dailami, Sevim Dağdelen, Susanne Ferschl, Dr. Gregor Gysi, Andrej Hunko und der Fraktion DIE LINKE.

Kein Eintritt Deutschlands in den Ukraine-Krieg – Ausbildung an schweren Waffen in Deutschland beenden und künftig ausschließen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich seit Beginn des völkerrechtswidrigen Krieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine stetig zugespitzt. Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen und muss sofort beendet werden. Russische Soldaten und Militärgerät müssen aus der Ukraine abgezogen werden. Die Furcht vieler Menschen in Deutschland und Europa ist, dass eine immer stärkere militärische Unterstützung durch NATO-Staaten die militärische Entwicklung außer Kontrolle geraten lassen kann. Besonders Deutschland mit seiner Geschichte trägt eine historische und politische Verantwortung dafür, zum Frieden in Europa und der Welt beizutragen.

Viele Menschen in Deutschland, darunter die LINKE, sehen in einer Ausbildung von ukrainischen Soldaten an Kriegsgerät eine weitere Eskalation. Ein Sachstand der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages stützt diese Position, wenn er urteilt: „Wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei bzw. Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen.“ Eine solche Ausbildung wurde neben der Lieferung schwerer Waffen am 28. April 2022 gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE vom Deutschen Bundestag beschlossen, fand aber nach Angaben von Bundesverteidigungsministerin Lambrecht sowie des US-Verteidigungsministeriums zu diesem Zeitpunkt bereits auf deutschem Boden statt. Am 6. Mai 2022 gab die Bundesministerin Lambrecht bekannt, dass Deutschland nicht nur sieben Panzerhaubitzen an die Ukraine liefert und die zugehörige Munition stellt, sondern innerhalb weniger Tage auch die Ausbildung ukrainischer Soldaten an diesen beginnen wird.

Die Bundesregierung setzt die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bürgerinnen und Bürger mit dieser Politik der ernststen Gefahr aus, als Kriegsteilnehmer definiert zu werden und somit zum Ziel militärischer Aktionen von russischer Seite zu werden, einschließlich eines potentiellen Einsatzes nuklearer Waffen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,
1. die Ausbildung und/oder Ertüchtigung von ukrainischen Soldatinnen und Soldaten durch Deutsche auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland oder anderen Staatsgebieten umgehend einzustellen und künftig zu unterlassen;
 2. andere militärische Akteure, namentlich NATO-Verbündete, aufzufordern, vergleichbare Aktivitäten auf deutschem Territorium ebenfalls umgehend einzustellen und für die Zukunft auszuschließen;
 3. die Lieferung von Waffen einzustellen;
 4. sich auf allen diplomatischen Wegen für ein Ende des russischen Angriffskrieges einzusetzen.

Berlin, den 11. Mai 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion